

chemie report

VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE e.V.
WIR GESTALTEN ZUKUNFT.



VCI

09/2019 ► **3 Editorial** Europa braucht einen neuen Aufbruch ► **4 Neue Studie** Start-ups stärken die deutsche Chemie ► **6 Innovationen** Branchenforschung setzt Höhenflug fort ► **9 Konjunktur** Flaute im Chemiegeschäft ► **10 Keine Trendwende in Sicht** Unternehmen investieren stärker im Ausland ► **12 Nationaler Aktionsplan** Menschenrechtliche Sorgfaltspflicht per Gesetz? ► **13 TUIS** Zweimal täglich sind Chemiewerkfeuerwehren gefragt ► **17 Mittelstandsstrategie** Bundeswirtschaftsminister spricht wichtige Themen an

Beginn des neuen europäischen Politikzyklus

Brüssel steht viel Arbeit bevor

Mit der Wahl von Ursula von der Leyen ist klar, wer künftig an der Spitze der Europäischen Kommission in Brüssel stehen wird. Damit ihre Kommission planmäßig am 1. November die Arbeit aufnehmen kann, müssen ihre Kommissarinnen und Kommissare aber noch vom Europäischen Parlament bestätigt werden. Im neuen europäischen Politikzyklus stehen auch viele branchenrelevante Themen auf der Agenda. Der Industrie insgesamt steht dabei eine herausfordernde Legislaturperiode bevor.

VCI-Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann betonte nach der Wahl der neuen EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen die europapolitische Bedeutung der Wahl: „Die Zustimmung des Parlaments zur neuen Kommissionspräsidentin von der Leyen ist ein wichtiger Schritt zur schnellen Arbeitsfähigkeit der EU-Institutionen. Trotz vorangegangener Kritik senden die Parlamentarier damit ein Signal für Entschlossenheit und Aufbruch. Genau das braucht Europa jetzt.“ In der neuen Legislaturperiode stehen weitreichende Entscheidungen



Ursula von der Leyen wurde vom Europäischen Parlament zur neuen Präsidentin der Europäischen Kommission gewählt.

an, so Tillmann. Dabei komme es darauf an, über Parteigrenzen hinweg eine Balance zwischen ökologisch-sozialen und wirtschaftlichen Zielen zu finden.

ERSTE SCHWERPUNKTE ERKENNBAR

Nach den Auftaktreden der neuen EU-Kommissionspräsidentin und dem von ihr vorgestellten Programm sind erste Schwerpunkte absehbar. Erkennbar ist dabei: Um eine Mehrheit pro-europäischer Kräfte zu gewinnen, hat sich von der Leyen sehr klar den Vorstellungen der Mitte-Links-Parteien bedient.

Klimaschutz wird folgerichtig eines der prägenden Themen der neuen Legislaturperiode sein. Die ersten Vorschläge deuten dabei darauf hin, dass der Staat und nicht die Wirtschaft die führende Rolle bei der Umsetzung einnehmen soll. Zu den wesentlichen inhaltlichen Vorstößen gehört das Ziel, Treibhausgasneutralität bis 2050 zu erreichen. Das EU-Klimaziel soll langfristig verbindlich und kleinteilig festgelegt werden. Außerdem hat die neue Kommissionschefin angekündigt, den Emissionshandel in weiteren Sektoren einzuführen beziehungsweise das bestehende System zu erweitern.

Im klimapolitischen Zusammenhang sind auch geplante Veränderungen in der Handelspolitik zu sehen. Mit Grenzausgleichsmaßnahmen sollen schärfere Vorschriften in Europa gegenüber anderen Teilen der Welt kompensiert werden. Wie dies praktisch funktionieren soll, ist bislang offen. Außerdem sollen alle zukünftigen Handelsabkommen dezidierte Nachhaltigkeitskapitel beinhalten. Darin sollen unter anderem die höchsten Standards für Klima- und Umweltschutz festgeschrieben werden.

Was bei den Ankündigungen bisher fehlt, ist ein starkes Bekenntnis zur industriepolitischen Wettbewerbsfähigkeit. Der Fokus liegt auf einem langen Katalog an sozialen Forderungen wie einer neuen Gleichstellungsstrategie und verbindlichen Lohntransparenzregeln.

KLIMASCHUTZ MIT STARKER INDUSTRIE VERWIRKLICHEN

Die EU kann ihre ehrgeizigen Pläne aber nur mit einer starken Industrie verwirklichen. Tillmann sagte: „Die kommende EU-Kommission muss ihre Klima- und Industriepolitik intensiver miteinander verknüpfen. Kern muss sein, die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Europa zu stärken und damit mehr Klimaschutz zu schaffen.“

„Bei der Erreichung der EU-Klimaschutzziele kommt der Chemiebranche eine Schlüsselrolle zu“, betont Tillmann. Sie helfe mit vielen Produkten, CO₂-Emissionen zu senken – etwa durch Vorprodukte für Wind- und Solarenergie, Stromspeicher, Leichtbaumaterialien für den Fahrzeugbau und Dämmstoffe für Gebäude. Darüber hinaus reduziert die Branche die CO₂-Emissionen in ihrer eigenen Produktion. Seit 1990 hat sie diese halbiert, bei gleichzeitiger Ausweitung der Produktion um knapp 70 Prozent. *udj*



Am 10. September stellte Von der Leyen ihr 27-köpfiges Wunschteam für die EU-Kommission vor. Der Sozialdemokrat Frans Timmermans soll für Klimaschutz zuständig sein, die Liberale Margrethe Vestager für Digitales und Wettbewerb, und der Christdemokrat Valdis Dombrovskis für Wirtschaft und Soziales.

ZEITPLAN DER NEUEN EU-KOMMISSION

Geplante Schritte in den nächsten Monaten

September bis Oktober 2019

Mitgliedstaaten schlagen Kommissare vor, Anhörung designierter Kommissare in zuständigen Ausschüssen des Europäischen Parlaments, Abstimmung im Parlament über die gesamte Kommission

November 2019

Offizieller Amtsantritt der neuen Kommission

Ende 2019

Festlegung der politischen Prioritäten

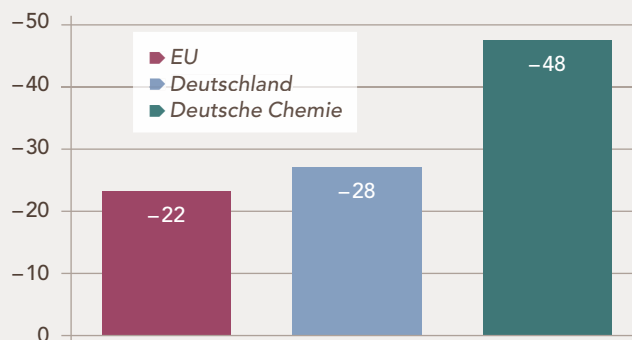
Anfang 2020

Beginn der legislativen Arbeit

Quelle: VCI

VORREITER CHEMIE

Entwicklung Treibhausgasausstoß in Prozent, 1990 bis 2017



Vorbild deutsche Chemie: Zwischen 1990 und 2017 sanken ihre Treibhausgasemissionen um 48 Prozent – bei einer Produktionssteigerung um zwei Drittel. In Deutschland insgesamt sowie in der EU war die Reduktion deutlich geringer. Quelle: VCI

STANDPUNKT

Europa braucht einen neuen Aufbruch

Die öffentliche Debatte rund um die Europawahlen hat gezeigt: Europa bewegt die Menschen. Das ist gut so. Die Bürger und die Wirtschaft in Europa brauchen eine starke, handlungsfähige EU mit einer klaren politischen Agenda für die Zukunft. Die schwierigen Verhandlungen um den Brexit sowie der Wahlkampf haben viel Zeit gekostet. Dabei gibt es sehr viel zu tun. Wenn die Erwartungen der Menschen in Europa nicht enttäuscht werden sollen, braucht die EU den Willen zum Aufbruch.

Die Mitgliedstaaten der EU stehen vor der komplexen Aufgabe, die Weichen für eine nachhaltige Zukunft zu stellen. Und das in allen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit: mit Blick auf die Umwelt, auf soziale und gesellschaftliche Fragestellungen sowie in wirtschaftlicher Hinsicht.

Denn nur durch wirtschaftlichen Wohlstand und Wachstum entstehen die Innovationen und technologischen Fortschritte, die zur Bewältigung der großen Aufgaben im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes erforderlich sind. Gleiches gilt im sozialen Kontext, zum Beispiel für die Förderung von Chancengleichheit, gesellschaftlicher Teilhabe und der Angleichung der Lebensverhältnisse – all das ist ohne eine global wettbewerbsfähige und wachsende Wirtschaft nicht möglich.

Nur ein attraktiver Industriestandort Europa wird eine Entwicklung gewährleisten, die Wohlstand, Arbeitsplätze und Lebensqualität sichert und es Europa ermöglicht, im globalen Wettbewerb auch in Zukunft zu beste-

hen. Tragfähige Lösungen für Nachhaltigkeit und Klimaschutz entstehen in komplexen industriellen Wertschöpfungsnetzwerken. Dies gilt es bei allen politischen Entscheidungen zu bedenken.

Das EU-Parlament und die Kommission stehen daher in ihrer neuen Legislaturperiode vor großen Herausforderungen. Das regulatorische Rahmenwerk muss so gestaltet werden, dass die Treibhausgasneutralität für die EU bis 2050 erreicht wird und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie erhalten bleibt.

Unsere Industrie bietet mit ihren innovativen Produkten, Verfahren und neuen Produktionstechnologien zahlreiche Lösungen, um dieses wichtige Klimaziel zu erreichen. Fortschritte bei der Treibhausgasreduktion und der Kreislaufwirtschaft können nur gelingen, wenn Klima- und Industriepolitik ineinandergreifen. Ein offener Austausch zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, bei dem die Chancen und Risiken mit konstruktiven Ansätzen und verantwortungsvoll diskutiert werden, ist daher wichtiger denn je.

Wir haben jetzt die Möglichkeit, die richtigen Weichenstellungen für eine erfolgreiche Zukunft vorzunehmen. Die europäische Politik ist daher jetzt gefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Investitionsimpulse in der Industrie auslösen. Dann kann das Jahr 2020 der Aufbruch zu einer nachhaltigen Zukunft werden – für die Umwelt, die Gesellschaft und die Wirtschaft in Europa.



Hans Van Bylen,
Präsident des Verbandes der
Chemischen Industrie (VCI)

Wussten Sie schon?

32.000 ...

... Menschen arbeiten für die Europäische Kommission – vom Hausmeister bis zur Kommissionspräsidentin. Allein der Sprachendienst beschäftigt circa 5.000 Mitarbeiter, die alle wichtigen Dokumente der EU in die 24 Amtssprachen übersetzen. Zum Vergleich: Die Stadt Köln beschäftigt bei einer Einwohnerzahl von etwa einer Million Menschen rund 17.000 Verwaltungsbeamte.

Die Europäische Kommission ist die politisch unabhängige Exekutive der EU. Sie ist allein zuständig für die Erarbeitung von Vorschlägen für neue europäische Rechtsvorschriften und setzt die Beschlüsse des Europäischen Parlaments und des Rates der EU um. Sie entspricht in ihrer Funktion damit ungefähr der Regierung in einem staatlichen System. 🏠



Das Berlaymont-Gebäude:
Hauptsitz der Europäischen
Kommission in Brüssel.

Studie „Innovationsindikatoren Chemie 2019“ des ZEW

Start-ups stärken die deutsche Chemiebranche

Chemie-Start-ups in Deutschland versorgen die hiesige Branche mit innovativen Produkten und Dienstleistungen und stärken so den Wirtschaftszweig insgesamt. Doch Wachstumskapital fehlt. Das geht aus der aktuellen Studie „Innovationsindikatoren Chemie 2019“ hervor.

Firmengründungen bringen neue Ideen auf den Markt und beleben den Wettbewerb. Das gilt auch für Chemie-Start-ups. Wie haben sich junge Chemieunternehmen in den vergangenen Jahren entwickelt? Wie sieht die Gründungsstatistik aus? Welche Bedeutung haben Chemie-Start-ups für die Branche? Diesen Fragen ist die neue Studie nachgegangen, die das ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim und das Center für Wirtschaftspolitische Studien (CWS) der Leibniz Universität Hannover im Auftrag des VCI durchgeführt haben.

„Die Kompetenz vieler Chemie-Start-ups besteht im Angebot von Spezialprodukten, die in der industriellen Produktion zum Einsatz kommen, und von spezifischen Dienstleistungen für die etablierten Chemieunternehmen“, sagt Christian Rammer, Mitautor der Studie und stellvertretender Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Innovationsökonomik und Unternehmensdynamik“. Der VCI-Geschäftsführer für Wissenschaft, Technik und Umwelt, Gerd Romanowski, ergänzt: „Die Stärke von Chemie-Start-ups für unsere Branche liegt vor allem darin, sich an der Schnittstelle zwischen traditioneller Chemie und neuen Anwen-

dungsgebieten zu positionieren, etwa bei digitalen Lösungen oder bei Plattformtechnologien.“

Vergleichsweise schwach aufgestellt sind die deutschen Chemie-Start-ups im europaweiten Vergleich, wenn es um Wagniskapitalinvestitionen geht. Während im Jahr 2018 in Europa insgesamt 54,5 Millionen Euro an Wagniskapital in Chemieunternehmen investiert wurden, entfielen davon auf Chemieunternehmen in Deutschland nur 2,4 Millionen Euro – der geringste Wert seit 2007. Das bislang höchste Volumen bei Wagniskapitalinvestitionen in deutsche Chemieunternehmen wurde im Jahr 2011 mit 34,5 Millionen Euro erreicht.

Im Zeitraum zwischen 2015 und 2018 gingen durchschnittlich rund 7 Prozent aller Wagniskapitalinvestitionen in der Chemie-Branche in Europa an Unternehmen in Deutschland. Die Bundesrepublik rangiert damit auf Platz 7 hinter Großbritannien (19 Prozent), den Niederlanden (16 Prozent), Belgien (13 Prozent), Frankreich (11 Prozent), Spanien (10 Prozent) und Norwegen (8 Prozent) – ein erheblicher Rückgang gerade auch im historischen Vergleich: Im Zeitraum von 2007 bis 2010 lag Deutschland mit einem Anteil von 16 Prozent noch an zweiter Stelle in Europa.

ANREIZE FÜR WAGNISKAPITAL SETZEN

„Im Vergleich mit den anderen beiden großen europäischen Chemie-Nationen Großbritannien und Frankreich fällt die schwache Entwicklung der Wagniskapitalinvestitionen in Deutschland besonders stark ins Auge. Auch in den

meisten skandinavischen Ländern sowie den Niederlanden und Belgien kommt der Chemie mehr Bedeutung im jeweiligen nationalen Wagniskapitalmarkt zu als in Deutschland“, fasst Christian Rammer zusammen. „Umso wichtiger ist es, dass der Gesetzgeber die Anreize zur Mobilisierung privaten Wagniskapitals verbessert, sonst gefährden wir den Chemie-Forschungsstandort Deutschland“, betont Gerd Romanowski.

GRÜNDUNGEN RÜCKLÄUFIG

Die Wagniskapitalgeber deutscher Chemie-Start-ups konzentrieren sich vornehmlich auf die jungen Unternehmen, die Patente anmelden. Von den deutschen Chemie-Start-ups wurden bisher fast 550 Patente angemeldet. Allerdings weisen nur 25 Prozent aller Chemie-Start-ups zumindest eine Patentanmeldung auf. Dieser relativ niedrige Anteil wird von den Studienautoren darauf zurückgeführt, dass die Mehrheit der Chemie-Start-ups mit Dienstleistungsangeboten am Markt aktiv ist. „Ein Patentschutz für Innovationen ist in diesem Bereich meist nicht möglich“, erklärt Christian Rammer. Auch melden viele der auf Forschung und Entwicklung (FuE) spezialisierten Start-ups keine Patente an, da sie FuE für Dritte durchführen und die FuE-Ergebnisse daher nicht selbst über Patente schützen können.

Schließlich zeigt die Studie, dass sich die Gründungszahlen in der deutschen Chemie- und Pharmaindustrie ungünstiger entwickelt haben als in anderen großen Volkswirtschaften Europas. Während in Deutschland die Gründungsrate von 2008 bis 2016 zurückging, stieg sie in der Chemie- und Pharmaindustrie der meisten europäischen Vergleichsländer an. *muz*



Fast 550 Patente haben deutsche Chemie-Start-ups bisher angemeldet.

Service:

Einen Vorabauszug der ZEW-Studie „Innovationsindikatoren Chemie 2019“ gibt es beim VCI zum Download: <http://bit.ly/Chemie-Start-ups-2019>



Ein aktuelles Thema der DIB ist die Genschere CRISPR/CAS und ihre Regulierung.



Dr. Matthias Braun, Sanofi in Deutschland, Vorsitzender der Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie.



Dr. Ricardo Gent, VCI, Geschäftsführer der Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie.

Die Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie (DIB)

Alles Biotechnologie, oder was?

Die DIB ist die Biotechnologie-Vereinigung des VCI und gleichzeitig sein neu eingerichteter Ausschuss Biotechnologie. Die DIB vertritt auf nationaler und internationaler Ebene die wirtschaftspolitischen Interessen der VCI-Mitgliedsfirmen und -verbände, die direkt oder indirekt mit Biotechnologie zu tun haben.

Die moderne Biotechnologie, die in den 1970er Jahren mit der Entwicklung der Gentechnik klein anfang, hat sich seitdem methodisch rasant weiterentwickelt. Sie gehört heute weltweit zu den Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts. Der Biotechnologie wird eine ähnliche transformative Kraft zugeschrieben wie der Digitalisierung.

Heute beginnt und endet unser Tag mit moderner Biotechnologie. Tatsächlich beeinflusst ihr enormes Innovationspotenzial unterschiedlichste Industrien in Forschung, Entwicklung und Produktion. Dazu gehören Methoden wie Next-Generation-Sequencing und Omics-Technologien, aber auch digitale Infrastrukturen. In Medizin, Chemie und Landwirtschaft, für Lebens- und Futtermittel, Textilien, Kosmetika, Tenside,

Farbe und Lacke, in der Automobilproduktion und in der Energieindustrie kommt Biotechnologie zum Einsatz. Entsprechend breit ist die DIB organisiert. Dieses Fundament ist einzigartig. Die Vereinigung befasst sich mit allen Anwendungen der Biotechnologie sowie den Querverbindungen beziehungsweise Schnittstellen zu anderen Technologiebereichen.

Mittlerweile ist die DIB zur weltweit größten Industrievertretung herangewachsen, die sich auf alle nationalen und internationalen wissenschafts- und wirtschaftspolitischen Themen der Biotechnologie konzentriert. Die zentralen Ziele der DIB sind: zu verlässlichen, zukunftsorientierten und international wettbe-

werbsfähigen Rahmenbedingungen für die Forschung, Entwicklung, Produktion und Anwendung von Erzeugnissen der Biotechnologie am Standort Deutschland beitragen und diese ausbauen. Seit jeher bringt sich die DIB in verschiedenen internationalen Gremien und Foren, auf europäischer Ebene und gegenüber der Bundespolitik ein und operiert dabei in einer Weise, die sich durch eine hohe Flexibilität ihrer strategischen und operativen Aktivitäten auszeichnet. **Dr. Ricardo Gent** (gent@dib.org)

Die Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie (DIB) im Überblick

- **Gründungsjahr:** 1997
- **Themen:** alle wissenschaftlichen, politischen und kommerziellen Aspekte und Gebiete der Biotechnologie, wie Gesundheitswirtschaft, Bioökonomie, Landwirtschaft, Biopatente, Biodiversität, Arbeitsschutz, Gene Editing, synthetische Biologie, Normung, Dual Use, Biowaffenübereinkommen, Digitalisierung
- **Dienstleistungen:** Die DIB vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen der VCI-Mitglieder im Bereich Biotechnologie und Life Sciences
- Mehr Infos unter www.dib.org

Start-ups brauchen mehr Wachstumskapital

Chemie- und Pharmaforschung setzt Höhenflug fort



2018 hat die chemisch-pharmazeutische Industrie so viel geforscht wie noch nie: Die FuE-Budgets lagen bei rund 11,8 Milliarden Euro.

Die Forschungsbudgets der chemisch-pharmazeutischen Industrie haben 2018 ein Rekordniveau erreicht. Die guten Zahlen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Unternehmen der Branche weiter unter einem starken Handlungsdruck stehen. Gefordert ist deshalb auch die Politik, mit geeigneten Rahmenbedingungen den Hightech-Standort Deutschland zu stärken.

Die deutsche chemisch-pharmazeutische Industrie hat noch nie so viel geforscht wie im Jahr 2018: Rund 11,8 Milliarden Euro haben die Unternehmen für ihre Forschung und Entwicklung (FuE) aufgewandt. Damit hat Deutschlands drittgrößter Industriezweig erneut mehr als 5 Prozent seines Umsatzes in FuE investiert. Das geht aus den aktuellen Forschungskennzahlen hervor, die der VCI in Frankfurt kürzlich vorgestellt hat. Für das laufende Jahr prognostiziert der VCI, dass die FuE-Budgets der Branche die Marke von 12 Milliarden Euro erreichen werden. Im internationalen Vergleich bleibt Deutschland der viertgrößte Chemie-

und Pharmaforschungsstandort nach den USA, China und Japan.

Doch wo Licht ist, ist auch Schatten. Zu den neuen Zahlen sagt Thomas Wessel, Vorsitzender des VCI-Ausschusses Forschung, Wissenschaft und Bildung: „Mittelfristig wird es für unseren heimischen Forschungs- und Produktionsstandort immer schwieriger, seine gute Position zu verteidigen. Viele Industrie- und Schwellenländer unterstützen gezielt die Innovationskraft ihrer Firmen als Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand. Gerade China gibt hohe Summen für FuE aus. Die Volksrepublik hat es so geschafft, innerhalb von nur 17 Jahren nach den USA die Nummer 2 der internationalen FuE-Standorte in der Chemie zu werden.“

Wessel sieht daher die „deutschen Chemie- und Pharmaunternehmen unter doppeltem Handlungsdruck“: Sie müssen sich sowohl im weltweit steigenden Wettbewerb behaupten wie auch ihr Know-how einsetzen, um Antworten auf wesentliche gesellschaftliche und ökologische Herausforderungen zu finden. Gleichzeitig müssen sie ihre Forschungsergebnisse schneller zur Marktreife bringen.

STARTHILFE FÜR CHEMIE-START-UPS

Mit Blick auf diese Entwicklung setzt sich Wessel dafür ein, „talentierte Gründer und Erfinder zu fördern, um so den deutschen Hightech-Standort zu stärken“. Gerade Chemie-Start-ups könnten als agile, schnelle Akteure im Innovationsgeschehen neue Ideen schneller voranbringen und den Wettbewerb um die besten Lösungen für Kunden und Nutzer von Chemieprodukten beleben. „Schwachstellen wie eine aufwendige Bürokratie, zu wenig Wachstumskapital und eine unzureichende Infrastruktur erschweren jedoch die Gründung junger innovativer Unternehmen“, erklärt Wessel. Er schlägt daher einen spürbaren Abbau von Bürokratie sowie eine Vereinfachung der Förderprogramme vor. Möglichkeiten sieht er beispielsweise durch eine beschleunigte Antragsprüfung und eine auf Start-ups zugeschnittene Bonitätsprüfung.

Für den deutschen Wagniskapitalmarkt spielen Investitionen in junge Chemieunternehmen nur eine untergeordnete Rolle. Von 2015 bis 2018 gingen lediglich durchschnittlich 0,3 Prozent pro Jahr der gesamten Risikokapitalinvestitionen in Deutschland in Chemie-Start-

ups. Wagniskapitalfonds sollten sich nach Auffassung von Wessel deshalb nicht nur an digitalen Themen ausrichten, sondern auch den Bedürfnissen von jungen innovativen Unternehmen gerecht werden, die Werkstoffe und Wirkstoffe entwickeln und bei langen Entwicklungszeiten einen hohen Kapitalbedarf haben. „Vielversprechende Ideen dürfen nicht an mangelndem Geld für die Wachstumsphase scheitern“, unterstreicht der Vorsitzende des VCI-Forschungsausschusses.



„Vielversprechende Ideen dürfen nicht an mangelndem Geld für die Wachstumsphase scheitern.“

Thomas Wessel, Vorsitzender
des Ausschusses Forschung,
Wissenschaft und Bildung im VCI

INNOVATIONEN ANKURBELN

Für alle Chemie- und Pharmaunternehmen unabhängig vom Alter gilt, dass passende Rahmenbedingungen Innovationen insgesamt weiter vorantreiben müssen. Die geplante Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung für alle Unternehmen zu Beginn des nächsten Jahres bezeichnet Wessel daher als eine richtige Weichenstellung für notwendige zusätzliche Innovationsimpulse. „Sie werden langfristig zu mehr Arbeitsplätzen und mehr Wertschöpfung führen, wenn die Förderung prakti-

kabel und sachgerecht ausgestaltet ist“, betont er weiter. Dazu gehöre, dass der Auftraggeber die steuerlichen Anreize erhält, da er das unternehmerische Risiko der Forschung trägt. Das sei besonders wichtig für kleine und mittlere Unternehmen, denn für sie habe die Auftragsforschung eine große Bedeutung. Gleichzeitig sei es notwendig, die steuerliche Forschungsförderung im Laufe der Zeit zu erhöhen. Denn die zurzeit vorgeschlagene Förderung von 500.000 Euro jährlich pro Unternehmen

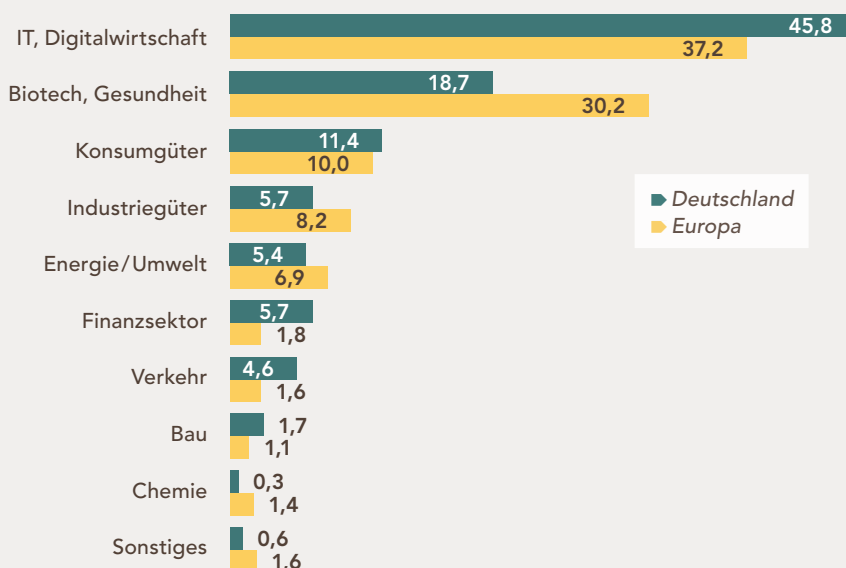
würde die Firmen nur begrenzt animieren, mehr Geld in FuE zu investieren.

Ergänzend empfiehlt Wessel eine ressortübergreifende Innovationspolitik, die mit der Hightech-Strategie 2025 gekoppelt ist. Notwendig seien ebenfalls ausreichend finanzierte und technologisch breit angelegte Förderprogramme, um das Niveau deutscher Forschung zu halten. Denn die Erfahrung zeigt, dass leider immer wieder ambitionierte und wichtige FuE-Projekte versanden, weil die Förderprogramme teilweise unterfinanziert sind. So sind die Zuwendungen des Bundesforschungsministeriums an die Wirtschaft von 2009 bis 2016 um 9 Prozent gesunken.

Auch einen Innovations-Check bei der Gesetzgebung in Deutschland und Europa hält Wessel für notwendig. Mit diesem könne überprüft werden, wie sich bestehende und künftige Vorschriften auf neue Produkte und Verfahren auswirken. *mvz*

KAUM WAGNISKAIPITAL FÜR DIE CHEMIE

Anteile an den gesamten Venture-Capital-Investitionen in Deutschland und Europa in Prozent, 2015 bis 2018



Schwach aufgestellt: Für den deutschen Wagniskapitalmarkt spielen Investitionen in Chemieunternehmen nur eine untergeordnete Rolle.
Quellen: Invest Europe, ZEW

Service:

„Mit Forschung und Entwicklung die Zukunft entscheiden“ – in einem VCI-Podcast erläutert Gerd Romanowski, Geschäftsführer Wissenschaft, Technik und Umwelt, wie Innovationen in Deutschland gestärkt werden sollten:
<http://bit.ly/Podcast-Forschung-2019>

VCI-Forschungssprecher Thomas Wessel spricht in einem Video über die Bedeutung von Start-ups:
www.youtube.com/chemieverband

Teil 17 der chemie-report-Serie „Chemie 4.0 im Detail“

Digitalisierung ermöglicht zirkuläre Wirtschaft

Wie kann die Digitalisierung den Unternehmen auf ihrem Weg in eine zirkuläre Wirtschaft helfen? Über diese Frage haben sich Experten aus Wirtschaft und Academia Anfang Juli beim 6. VCI-Workshop „Zirkuläre Wirtschaft“ ausgetauscht. Digitalisierungs- und Nachhaltigkeitsexperten beleuchteten dabei das Thema aus den jeweiligen Perspektiven.

Die Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie stellen sich derzeit strategisch neu auf. Denn das Wachstumspotenzial in ihrem klassischen Geschäftsmodell ist angesichts der starken Veränderungen im weltwirtschaftlichen Gefüge langfristig begrenzt. Doch es bieten sich auch Chancen: Die Anforderungen der Kunden an die Branche verändern sich rasant. Diese erwarten von der Chemie konkrete Lösungen für die zirkuläre Transformation. Gleichzeitig wird durch den gesellschaftlichen Wandel auch das regulatorische Umfeld immer anspruchsvoller. Wer sich am besten auf die Ver-

änderungen einstellt und innovative Lösungen anbietet, dem eröffnen sich gute Wachstumsperspektiven. Es geht um die Marktführerschaft in einer globalen „Circular Economy“, in der in Zukunft Billionen zu verdienen sind.

Die Komplexität einer zirkulären Wirtschaft ist aber ohne die Digitalisierung nicht beherrschbar. Die Vorträge von Deloitte, dem Wuppertal Institut sowie der i-point-Systems GmbH zeigten vielfältige Möglichkeiten auf, wie mithilfe digitaler Technologien spezifische Kundenwünsche befriedigt, die regulatorischen Anforderungen erfüllt, die Kooperation mit anderen Unternehmen verbessert oder neue Geschäftsmodelle etabliert werden können.

FALLBEISPIELE AUS DEN UNTERNEHMEN

Nach dieser systematischen Einführung in das Thema ging es am Nachmittag um konkrete Fallbeispiele. Die OntoChem IT Solutions GmbH berichtete von einem aktuellen Forschungsprojekt, bei dem es um die Digitalisierung von Stoffströmen und

die Vernetzung der Unternehmen geht. Nebenprodukte eines Chemieunternehmens können mithilfe der Digitalisierung zu einem Rohstoff eines anderen Unternehmens werden. Einen weiteren Aspekt beleuchtete das Fraunhoferinstitut IWKS. Es stellte ein Tool zur Prozesssimulation und zur universellen Bewertung von Materialkreisläufen vor. Ziel ist es, Kreisläufe möglichst effizient zu schließen.

Covestro berichtete, welche Möglichkeiten der 3-D-Druck zur Materialeinsparung und zur Realisierung neuer Geschäftsmodelle bietet. Die Plastic Bank zeigte Anwendungsfelder von Blockchain-Lösungen zur Realisierung von Kunststoffrecycling in Entwicklungsländern. Und das Start-up „cirplus“ stellte seine Internetplattform für Kunststoffrecyklate vor.

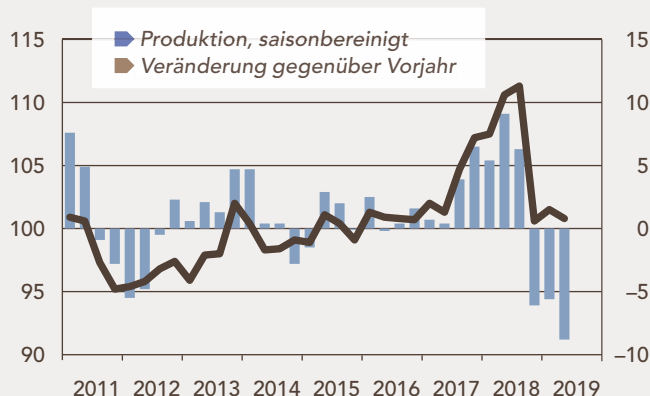
Abgerundet wurde der Workshop durch einen Überblick über das BMBF-Förderprogramm „Ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft – Innovative Produktkreisläufe (ReziProK)“.

Dr. Henrik Meincke (meincke@vci.de)



ENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN CHEMIEPRODUKTION

Inklusive Pharma, saisonbereinigt, Index 2015 = 100, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Rückläufige Produktion: Der Aufwärtstrend vom Jahresbeginn setzte sich im zweiten Quartal nicht fort. Die Produktion der Branche sank um 0,7 Prozent im Vergleich zum Vorquartal und um 8,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Quellen: Destatis, VCI

INDIKATOREN ZUR DEUTSCHEN CHEMIEINDUSTRIE

2. Quartal 2019

	Veränderung in Prozent zum Vorquartal	Veränderung in Prozent zum Vorjahr
Produktion	- 0,7	- 8,8
ohne Pharma	- 1,3	- 3,9
Erzeugerpreise	+ 0,6	+ 1,8
Umsatz	+ 0,1	- 4,3
Umsatz Inland	- 1,0	- 3,5
Umsatz Ausland	+ 0,8	- 4,7
Kapazitätsauslastung (in Prozent)	Quartal 1/2019	Quartal 2/2019
Chemie (inkl. Pharma)	84,1	83,4

Service: Den VCI-Quartalsbericht 2/2019 finden Sie auf www.vci.de im Bereich „Die Branche“, Rubrik „Wirtschaftliche Lage“, zum Download. Direktlink: <http://bit.ly/VCIQB22019>
Quellen: Destatis, VCI, ifo-Institut

VCI-Quartalsbericht 2/2019 zur wirtschaftlichen Lage der Branche

Flaute im deutschen Chemiegeschäft

Das zweite Quartal 2019 ist für die chemisch-pharmazeutische Industrie enttäuschend verlaufen. Das geht aus dem Quartalsbericht hervor, den der VCI Anfang September veröffentlicht hat.

Produktion und Kapazitätsauslastung sind in der Branche von April bis Juni leicht zurückgegangen. Deshalb stagnierte der Umsatz, obwohl die Preise für Chemie- und Pharmaprodukte erneut zulegten. Hauptursache für die verhaltene Chemiekonjunktur war die deutsche Industrieproduktion, die das vierte Quartal in Folge zurückging. Das sorgte für eine schwächere Inlandsnachfrage nach Chemikalien. Auch aus Europa, dem wichtigsten Auslandsmarkt, gingen zuletzt weniger Bestellungen ein. Aus diesem Grund konnte das Auslandsgeschäft insgesamt nur leicht zulegen.

VCI-Präsident Hans Van Bylen sagt zur Lage der chemisch-pharmazeutischen Industrie: „Die erwartete Erholung der deutschen Industriekonjunktur

in der zweiten Jahreshälfte bleibt aus. Die Unternehmen rechnen aktuell nicht mehr mit einer Belebung des deutschen und europäischen Chemiegeschäfts. Vom Handel mit den USA und Asien sind wegen der geopolitischen Risiken nur geringe Wachstumsimpulse zu erwarten.“

Prognose: In diesem Umfeld geht der VCI nun für 2019 von einem Produktionsrückgang in der Chemie- und Pharmaindustrie um 6 Prozent aus. Die Chemikalienpreise steigen im Gesamtjahr voraussichtlich um 1 Prozent. Der Branchenumsatz wird um 5 Prozent auf rund 193 Milliarden Euro sinken.

Produktion: Im zweiten Quartal 2019 ist die Chemieproduktion im Vergleich zum Vorquartal um 0,7 Prozent zurückgegangen. Gegenüber dem Vorjahr sank die Produktion um 8,8 Prozent, wobei dieser Wert durch den bekannten Sondereffekt im Pharmabereich überzeichnet ist. Die Kapazitätsauslastung der Branche verringerte sich auf 83,4 Prozent.

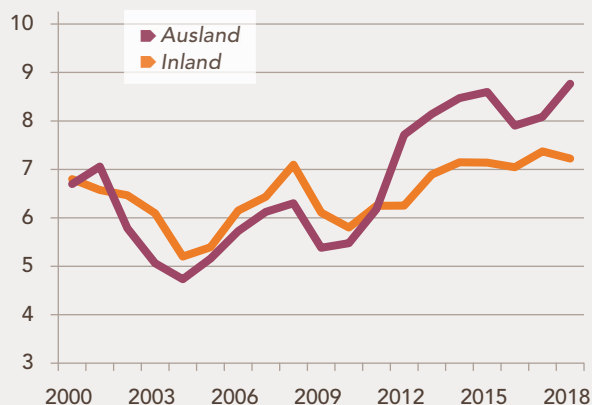
Erzeugerpreise: Chemisch-pharmazeutische Produkte haben sich im zweiten Quartal 2019 um 0,6 Prozent verteuert. Im Vergleich zum Vorjahr betrug die Preissteigerung 1,8 Prozent.

Umsatz: Der Branchenumsatz stagnierte von April bis Juni im Vergleich zum Vorquartal bei 48 Milliarden Euro. Im Inland gingen die Erlöse wegen der schwachen Industriekonjunktur um 1 Prozent zurück, während das Auslandsgeschäft um 0,8 Prozent zulegen konnte. Das Vorjahresniveau verfehlte der Branchenumsatz mit einem Minus von 4,3 Prozent deutlich.

Beschäftigung: Die Beschäftigtenzahl in der chemisch-pharmazeutischen Industrie ist im zweiten Quartal 2019 stabil geblieben. Die Unternehmen der Branche haben derzeit 464.800 Mitarbeiter. Das ist ein Plus von 0,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. *cla*

UNTERNEHMEN INVESTIEREN STÄRKER IM AUSLAND

Investitionen der deutschen Chemie- und Pharmaindustrie, in Mrd. Euro



Langjähriger Trend: Die Investitionen im Ausland übertreffen seit 2012 die Sachanlageinvestitionen der Chemie- und Pharmaunternehmen im Inland.
Quellen: Destatis, VCI



2018 investierten deutsche Chemieunternehmen 8,8 Milliarden Euro in Sachanlagen im Ausland.

Investitionen der Branche im In- und Ausland**Keine Trendwende in Sicht**

Auslandsinvestitionen gewinnen für die deutschen Chemie- und Pharmaunternehmen zunehmend an Bedeutung. Seit 2012 übersteigt das finanzielle Engagement der deutschen Konzerne in anderen Ländern die Investitionen am Standort Deutschland. Der Grund: höheres Marktwachstum und günstigere Produktionsbedingungen.

Investitionen sind die Grundlage für die Gewinne von morgen. Dies gilt besonders für die kapitalintensive Chemieindustrie. Mit ihren Investitionen erhöht die Branche nicht nur ihr Produktionspotenzial, sie macht auch den Standort Deutschland insgesamt zukunftssicher. Allerdings steigen seit Jahren die Auslandsinvestitionen der Branche stärker als die Investitionen im Inland.

Im vergangenen Jahr investierten die deutschen Chemieunternehmen 8,8 Milliarden Euro in Sachanlagen im Ausland. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein erneutes Plus und ein neuer Höchst-

stand. Wichtigstes Investitionsziel war Nordamerika. Für die Investitionsentscheidungen spielten hier neben der Markterschließung auch Kostengesichtspunkte eine große Rolle.

Aber auch in Deutschland investieren die Unternehmen in ihre Anlagen. Die Sachanlageinvestitionen liegen weiterhin über dem langfristigen Trend. Allerdings fielen sie im vergangenen Jahr mit 7,2 Milliarden schwächer aus als im Vorjahr. Die schwieriger werdende Geschäftslage führte zu Verschiebungen von Investitionsvorhaben. Statt Kapazitätserweiterungen wurden 2018 vor allem Ersatzinvestitionen durchgeführt. Im Ausland stehen weiterhin Kapazitätserweiterungen an erster Stelle.

RAHMENBEDINGUNGEN BREMSEN

Weltweit wachsen die Chemie- und Pharmainvestitionen seit 2000 dynamisch – insbesondere in den Schwellenländern. In den Industrieländern fiel die Dynamik dagegen deutlich schwächer aus. Ausnahme waren die USA, die in

den vergangenen Jahren aufgrund des Schiefergasbooms einen Investitionschub in der Basischemie erlebten.

Das schwächere Wachstum der Investitionen in Deutschland kann nicht nur mit dem geringeren Marktwachstum hierzulande und in Europa erklärt werden. Auch der Strukturwandel von der anlagenintensiven Basischemie zur forschungsintensiven Spezialchemie führt zu langsamerem Wachstum der Sachanlageinvestitionen im Inland.

Hinzu kommen Rahmenbedingungen wie hohe Energiekosten, Regulierungen im Baurecht, lange Genehmigungsverfahren, Planungsunsicherheiten und Fachkräftemangel, die Investitionen am Standort bremsen.

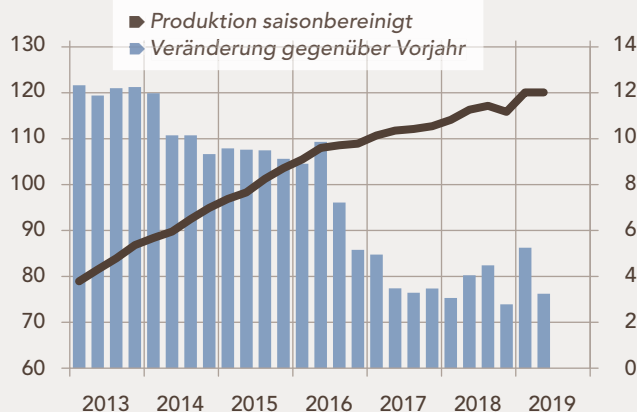
Christiane Kellermann (kellermann@vci.de)

Service:

Mehr Details zum Thema finden Sie auf der VCI-Website:
http://bit.ly/VCI_Investitionen

CHINAS CHEMIE WÄCHST LANGSAMER

Branchenproduktion (ohne Pharma), Index 2015 = 100



Normalisierung kehrt ein: Die Zeiten des starken Wachstums sind auch in der chinesischen Chemie vorbei. Stilllegungen und eine schwächere Nachfrage ließen die Wachstumsraten abnehmen. Quellen: Feri, VCI

ENTWICKLUNG DER PRODUKTION IM VERGLEICH

Veränderungsraten gegenüber Vorjahr in Prozent

Industrie	2017	2018	2019*
China	6,7	6,2	5,0
Japan	2,8	1,1	- 1,0
Südkorea	2,2	1,2	- 2,0
Indien	3,3	5,4	2,0

Chemie/Pharma	2017	2018	2019*
China	5,9	5,3	5,0
Japan	4,0	1,0	0,5
Südkorea	4,2	3,2	- 2,5
Indien	13,9	4,0	3,0

* Prognose

Quellen: Feri, VCI

Aktuelle wirtschaftliche Lage**Abkühlung auf Asiens Chemiemärkten**

Die weltweite Konjunktur befindet sich im Abschwung. Auch die wachstumsstarken asiatischen Länder sind von diesem Trend nicht ausgenommen. Die Handelskonflikte zwischen den USA und China haben nicht nur zu einem Einbruch des Handels zwischen den beiden Ländern geführt.

Ganz Asien ist negativ von dem Handelskonflikt betroffen. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum hat im ersten Halbjahr 2019 deutlich an Tempo verloren. Besonders in der Industrie ist die Abschwächung sichtbar. Die Chemie bekam die schwächere Nachfrage bei ihren Kunden früh zu spüren. Auf dem größten Chemiemarkt der Welt – China – lief die Produktion bereits in den vergangenen Jahren nicht reibungslos. Aufgrund hoher Umweltbelastung wurden ganze Chemieanlagen stillgelegt. Zusammen mit der sich abkühlenden Nachfrage führte dies zu einer deutlichen Wachstumsverlangsamung.

Im letzten Quartal des Jahres 2018 ging die Produktion dann erstmals überhaupt gegenüber Vorquartal zurück. Am Jahresanfang 2019 erholte sich die Chemieproduktion zwar wieder, doch die Zeiten der hohen Wachstumsraten sind vorbei.

Auch in Japan und Südkorea verlor die Chemieproduktion an Schwung. Die Nachfrage aus dem Ausland und von Seiten der heimischen industriellen Kunden war schwach. Dagegen war Indien aufgrund seiner Fokussierung auf Pharmazeutika deutlich weniger von der weltweiten Konjunkturertrübung betroffen.

AUSBLICK: RISIKEN BLEIBEN HOCH

Die Chemie- und Pharmaindustrie in Asien kann sich nicht von der globalen Konjunktur entkoppeln. Weltweit stehen die Zeichen für die Industrie und die Chemie auf Abkühlung. Die Risiken sind bekannt. Ausschlaggebend für die weitere Entwicklung der Region wird der Ausgang des Handelskonfliktes zwischen den USA und China sein.

Eskaliert dieser Konflikt, wird die chinesische Wirtschaft noch deutlichere Brems Spuren zeigen – mit direkten Folgen für die wirtschaftlich eng verbundenen Nachbarn.

Langfristig sehen die Aussichten für Asien aber gut aus. Die Region ist der größte Chemiemarkt der Welt und wird ihren Vorsprung in Zukunft eher noch ausbauen. Die Nachfrage nach Chemiewaren in Asien wird weiterhin dynamisch wachsen. Die großen asiatischen Länder sind auch in den Zukunftsthemen gut aufgestellt. In der Chemieforschung, bei Chemie- und Pharmapatenten und beim Handel mit forschungsintensiven Chemiewaren holen sie immer weiter auf. Damit ist das langfristige Wachstumspotenzial hoch. Auch die Bedeutung Asiens als Wachstumsmarkt und als Chemiestandort für die deutschen Chemie- und Pharmaunternehmen wird künftig noch zunehmen.

Christiane Kellermann (kellermann@vci.de)

Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP)

Menschenrechtliche Sorgfaltspflicht per Gesetz?

Achtung, Menschenrechte!

Krank durch radioaktive Elemente?

Existenzsichernde Löhne?

Kinderarbeit in Minen?

Hinter jedem Produkt steckt die Arbeit von Menschen. Unternehmen haben die Verantwortung, bei der Herstellung und dem Einkauf von Produkten Menschenrechte zu achten – in Deutschland und weltweit.

Informieren Sie sich: www.wirtschaft-menschenrechte.de

2016 hat die Bundesregierung den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) verabschiedet. Er richtet sich an alle Unternehmen. Ziel ist die Gewährleistung der menschenrechtlichen Sorgfalt entlang der Wertschöpfungs- und Lieferketten. Dazu formuliert der NAP Sorgfaltspflichten, die von einer Grundsatzerklärung zur Achtung der Menschenrechte über die Ermittlung und Abwendung potenziell negativer Auswirkungen bis hin zu Berichterstattung und Beschwerdemechanismen reichen.

Der aktuelle Koalitionsvertrag sieht die Möglichkeit einer gesetzlichen Regelung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten auf nationaler oder europäischer Ebene vor, falls bis 2020 nicht mindestens die Hälfte der in Deutschland ansässigen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten die im NAP beschriebenen Prozesse umsetzt. Der Stand der Umsetzung des NAP wird in einem Monitoring unter

Federführung des Auswärtigen Amtes überprüft.

Im August hat dazu die repräsentative Erhebung begonnen. Per Online-Fragebogen wird eine Stichprobe von 1.800 Unternehmen befragt. Eine zweite Stichprobe folgt 2020. Auf Grundlage der Ergebnisse will die Bundesregierung dann über weitere Schritte entscheiden, zu denen auch gesetzliche Maßnahmen gehören können. Trotz dieses Zeitplans hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bereits im Frühjahr 2019 einen Entwurf für ein „Nachhaltiges Wertschöpfungskettengesetz (NaWKG)“ lanciert. Für ein Gesetz macht sich außerdem die „Initiative Lieferkettengesetz.de“ stark, die von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen getragen wird.

CHEMIEBRANCHE IM FOKUS

Darüber hinaus sind zur Umsetzung des NAP Dialoge mit Branchen geplant, die eine besondere menschenrechtliche Relevanz haben. Im Rahmen der vom Bundesarbeitsministerium beauftragten

„Studie zur Identifikation von Branchen der deutschen Wirtschaft als Basis für Branchendialoge zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten“ wurde die Chemie als eine von zehn relevanten Branchen identifiziert. Ob ein Branchendialog zur Chemie durchgeführt wird, steht noch nicht fest. Zunächst werden laufende und geplante Branchenaktivitäten analysiert. Dazu stehen VCI und Chemie³ bereits in Kontakt mit den durchführenden Instituten Ernst & Young und adelphi. Die vollständigen Studienergebnisse mit Empfehlungen für weiterführende Branchendialoge sollen im Herbst veröffentlicht werden.

Anne Dorweiler (dorweiler@vci.de)

Service:

Chemie³ veranstaltet am 24. September 2019 das Webinar „Aktuelles rund um den NAP“. Ein Chemie³-Leitfaden unterstützt Unternehmen beim Aufbau eines nachhaltigen Lieferkettenmanagements. Infos und Webinar-Dokumentation: www.chemiehoch3.de

Transport-Unfall-Informations- und Hilfeleistungssystem: Bilanz 2018

Zweimal täglich sind Chemiewerkfeuerwehren gefragt

Seit über 30 Jahren sind die TUIS-Werkfeuerwehren gefragte Partner der öffentlichen Gefahrenabwehrkräfte. Das belegt auch die aktuelle Einsatzstatistik für 2018.

Etwa zweimal am Tag unterstützen die Werkfeuerwehren des Transport-Unfall-Informations- und Hilfeleistungssystems (TUIS) der deutschen chemischen Industrie die öffentlichen Einsatzkräfte. Zur aktuellen Statistik sagt Peter Schäfer, Vorsitzender des Arbeitskreises TUIS im VCI: „Mit insgesamt 712 Einsätzen war TUIS ein Partner, auf den sich Feuerwehren und Polizei rund um die Uhr an 365 Tagen verlassen können.“ Dies unterstreiche unter anderem die gestiegene Nachfrage nach Expertenrat an der Einsatzstelle.

Beim Blick auf die Einsatzstufen zeigt sich ein differenziertes Bild: Die telefonische Beratung (Stufe 1) ist zwar zurückgegangen, allerdings waren die Stufe-1-Einsätze mit 807 Anfragen 2017 besonders hoch. 2018 pendelte sich das Niveau mit insgesamt 601 telefonischen Beratungen wieder auf Normalbereich



Mit Spezialgerät, wie hier einem Druckbehälter zur Bergung von Gasflaschen, helfen die TUIS-Werkfeuerwehren bei Transportunfällen mit Chemikalien.

ein. Ein bemerkenswertes Plus zeigt sich dagegen bei den Beratungen vor Ort (Stufe 2): Diese sind um mehr als ein Drittel – von 29 Einsätzen (2017) auf 40 Einsätze – gestiegen. 71-mal rückten die Fachleute der Werkfeuerwehren mit

ihrer Spezialausrüstung (Stufe 3) im vergangenen Jahr aus; 2017 waren es noch 90 Fälle.

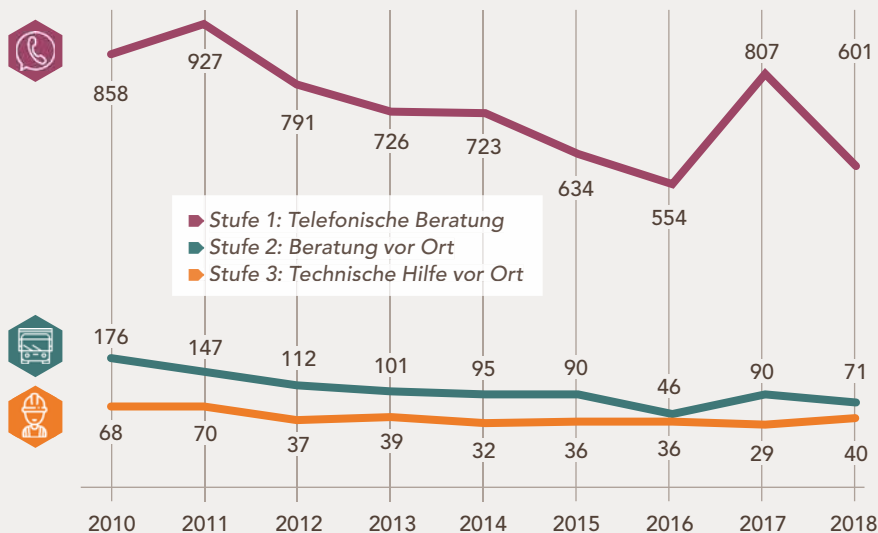
EINSÄTZE IN LÄGERN UND ANLAGEN

Berufs- und freiwillige Feuerwehren oder Polizei setzten besonders bei Vorfällen in Lagern und Anlagen auf telefonischen Rat der Chemiewerkfeuerwehren. Das betraf mehr als 60 Prozent der Anfragen. Bei etwa einem Viertel dieser Stufe-1-Einsätze ging es um Transportunfälle auf Straßen. Bei dem erhöhten Anfrage-Aufkommen der Stufe 2 ging es bei knapp 50 Prozent um Lager und Anlagen und bei etwa einem Drittel um Transportunfälle auf der Straße. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der technischen Hilfeleistung: 47 Prozent der technischen Hilfeleistung betraf Lager und Anlagen und ein Drittel die Straße.

Die meisten Einsätze waren in den Kern-Bundesländern der Chemie- und Pharmabranche zu verzeichnen: Die TUIS-Spezialisten in Nordrhein-Westfalen wurden 347-mal (Stufe 1 bis Stufe 3) alarmiert. 148-mal unterstützten die Chemiewerkfeuerwehren in Rheinland-Pfalz die örtlichen Gefahrenabwehrkräfte; gefolgt von Bayern (86 Einsätze) und Hessen (75 Einsätze). *muz*

TUIS-EINSÄTZE DER CHEMIE-WERKFEUERWEHREN 2010 BIS 2018

Stand: August 2019



Verlässlicher Partner: Auf Know-how, Erfahrung und Spezialgerät der TUIS-Werkfeuerwehren können die öffentlichen Einsatzkräfte bauen. 2018 waren die Experten aus der Chemie in 712 Fällen im Einsatz.

Quelle: TUIS



Wie werden Pflanzenschutzmittel in Brasilien produziert? Bei Standortbesuchen bei einigen VCI-Mitgliedern, wie bei Bayer in Belford Roxo, gab es Antworten auf diese Frage.

Produktions- und Zulassungsbedingungen für Pflanzenschutzmittel in Brasilien

Zu Gast im größten Land Südamerikas

Pflanzenschutz ist ein bedeutender Teil der chemischen Industrie. Das Chemie- und Pharmareferat im Bundeswirtschaftsministerium hat daher im Sommer eine Delegationsreise nach Brasilien durchgeführt. Ziel war es, die Produktions- und Zulassungsbedingungen für Pflanzenschutzmittel in einem der größten Agrarländer der Welt kennenzulernen. Der Industrieverband Agrar und der VCI waren mit dabei und informierten sich vor Ort über die Lage der Branche.

Brasilien ist nicht nur das größte Land Südamerikas und zählt zu den zehn größten Volkswirtschaften der Welt. Der Agrarsektor ist hier besonders wichtig: Brasilien ist der weltweit größte Kaffeeproduzent. Agrarprodukte wie Sojabohnen, Zellulose, Zuckerrohr und Orangen, aber auch Hühnerfleisch sind Hauptexportgüter. Zu den wirtschaftlichen

Herausforderungen gehört die Tatsache, dass die meisten Produkte exportiert werden, ohne dass eine tiefere Wertschöpfungskette vorhanden ist. Deutlich wurde dies, wie auch weitere große wirtschaftspolitische Herausforderungen, in Gesprächen mit den Mitgliedsfirmen BASF, Yara und Bayer vor Ort.

Von den Unternehmen, aber auch im Dialog mit der Außenhandelskammer und dem Briefing des deutschen Botschafters Georg Witschel wurden die Chancen und Risiken für die weitere Entwicklung der brasilianischen Volkswirtschaft aufgezeigt. Das derzeit größte Vorhaben ist eine Rentenreform. Derzeit gehen viele Brasilianer mit Mitte 50 in den Ruhestand. Aus diesem Grund fließt ein beachtlicher Teil des Staatshaushalts in Rentenzahlungen. Als Hauptrisiken gelten auch der Fachkräftemangel, verbunden mit relativ hohen Lohnkosten, sowie überbordende Bürokratie. Eine steuerliche Forschungsförderung hat

Brasilien bereits, allerdings ist das Verfahren bürokratisch. Es führt deshalb nicht zu einer deutlichen Steigerung der ohnehin geringen Forschungsaktivitäten. Um die Bedingungen für Unternehmen in Brasilien zu verbessern, hat die Regierung nun eine Senkung der Unternehmenssteuern angekündigt.

AUFWENDIGES ZULASSUNGSVERFAHREN

Von besonderem Interesse für die Delegation war unter anderem das Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel in Brasilien. Unternehmen müssen bei der Entwicklung und Zulassung viel Geduld mitbringen. Vom Molekül bis zur Zulassung vergehen 8 bis 10 Jahre. Dabei sind die Verfahren vom Grundsatz ähnlich aufgebaut wie in Deutschland. Auch in Brasilien werden in toxikologischen Studien die Auswirkungen auf Umwelt, Mensch und Tier genauestens untersucht. Personalknappheit in den Zulassungsbehörden sowie die Zustän-



Vom 30. Juni bis zum 5. Juli fand eine Delegationsreise des Bundeswirtschaftsministeriums nach Brasilien statt. Die Teilnehmer konnten sich vor Ort über die Produktions- und Zulassungsbedingungen für Pflanzenschutzmittel informieren.



Die Reisedelegation beim Brasilianischen Bauernverband: v.l.n.r.: Helmuth Schramm (Bayer/IVA-Präsidium), Dietrich Pradt (IVA), Dietmar Kopp und Monika Gelhausen (beide Bundeswirtschaftsministerium), Martina Sayer (Dolmetscherin), Norbert Theihs (VCI), Ansgar Aschfalk (Deutsche Botschaft, Brasília).



Keine Liebesbekundung der EU, sondern an die Hauptstadt Brasiliens: Dieser portugiesische Satz bedeutet übertragen „Ich liebe Brasília“.

digkeit mehrerer Stellen sorgen dabei für lange Prozesse. In den Gesprächen mit dem Landwirtschaftsministerium (MAPA) sowie mit den Vertretern der Zulassungsbehörden ANVISA und IBAMA wurde das Bemühen deutlich, die Dauer zu verkürzen. Ob dies von Erfolg gekrönt sein wird, ist auch von der personellen Ausstattung der Behörden abhängig – und damit eine politische Entscheidung. Die gelegentlich in deutschen Medien geäußerte Vermutung, dass der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Brasilien wesentlich laxer als in Deutschland gehandhabt werde, hat sich in den Gesprächen nicht bestätigt.

HERAUSFORDERUNG REGENWALD

Die Berichte, wonach Regenwald zugunsten landwirtschaftlicher Nutzfläche gerodet wird, wurden im Gespräch mit dem brasilianischen Bauernverband CNA thematisiert. In diesem Zusammenhang wies der CNA darauf hin, dass 66 Prozent der Fläche Brasiliens bereits geschützt sind beziehungsweise den indigenen Einwohnern Brasiliens gehören. 7,6 Prozent der Fläche Brasiliens werde für landwirtschaftlichen Anbau genutzt. Zum Vergleich: In der EU sind es 58 Prozent. Die Darstellung, dass Regenwald zu Gunsten von Sojaanbau verschwinde, sei schon deshalb nicht zutreffend, weil in Regenwaldregionen kein wirtschaftlicher Sojaanbau möglich sei. Allerdings wurde auch deutlich, dass die illegale Rodung von Regenwald bekämpft werden muss, wie die aktuell hohe Zahl der Waldbrände in der Amazonasregion zeigt.

Zur praktischen Anschauung diente der Besuch einer Produktionsanlage von Pflanzenschutzmitteln für Endverbraucher der Firma Bayer in Belford Roxo. Neben dem wirtschaftlichen Erfolg wurde hier sehr deutlich, dass die Industrieproduktion einen wichtigen Beitrag für Einkommen und Lebensverhältnisse der Menschen vor Ort leistet.

Fast alle Gesprächspartner erhoffen sich mehr Wirtschaftswachstum und damit einen höheren Wohlstand durch das umfassende Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten, auf das man sich nach rund 20-jährigen Verhandlungen just in den Tagen dieser Delegationsreise einigte. Ziel des Abkommens ist der Abbau der relativ hohen Zölle, unter anderem in den Bereichen Pharma (bis zu 14 Prozent), Chemie (bis zu 18 Prozent) und in anderen Sektoren. Insgesamt sollen dadurch jährlich Zölle in Höhe von 4 Milliarden Euro entfallen.

Norbert Theihs (theihs@berlin.vci.de)

Exklusiv für VCI-Mitglieder

Große Info-Veranstaltung „REACH und CLP“

Die Umsetzung der REACH- und CLP-Verordnungen hat weiterhin höchste Priorität. Insbesondere die Qualität der Registrierungsdossiers und die Umsetzung des „REACH Dossier Improvement Action Plan“ von Cefic beschäftigen die Unternehmen in jüngster Zeit. Zu diesem und weiteren Themen veranstaltet der VCI am 28. November 2019 seine 14. große Info-Veranstaltung „REACH und CLP“.

Mit der Registrierung von Stoffen zum Ablauf der letzten Übergangsfrist im Jahr 2018 wurde ein wichtiger Meilenstein in der REACH-Umsetzung erreicht. Die von Behörden geübte Kritik an der Qualität der REACH-Registrierungsdossiers löste eine politische und öffentliche Diskussion aus. (siehe chemie report 6+7/2019 und 8/2019). Die Arbeitsschwerpunkte verschieben sich von der Registrierung hin zur Aktualisierung der Dossiers, zur Bewertung sowie zur Zulassung und Beschränkung. Der Aufwand für die Unternehmen bleibt unverändert hoch, und die Anforderungen verändern sich weiterhin dynamisch. Auslöser hierfür sind neue Aktionspläne und Durchführungsvorschriften der Behörden. Gleiches gilt für die Weiterentwicklung der CLP-Verordnung und die Meldungen an die Giftinformationszentralen. Der VCI möchte seine



Veranstaltungsort ist das Kap Europa in Frankfurt am Main.

Mitgliedsunternehmen bei diesen aktuellen Herausforderungen unterstützen.

Vertreter der EU-Kommission und des Bundesumweltministeriums werden ihre Sicht auf die künftigen chemikalienpolitischen Schwerpunkte erläutern. In ECHA- und Industriebeiträgen stehen die Anforderungen und die praktische Umsetzung der Aktionsprogramme von Behörden und Industrie zur Überprüfung und, soweit erforderlich, Anpassung von Registrierungsdossiers im

Fokus. Anschließend werden wichtige Praxisempfehlungen zum Zulassungs- und Beschränkungsverfahren, zur Lieferkettenkommunikation sowie zur CLP-Verordnung und den Meldungen an Giftinformationszentralen gegeben.

Service:

Programm und Anmeldung über die VCI-Website (Log-in erforderlich):
<http://bit.ly/REACH-CLP-InfoV-2019>

Topfkonserverung

Behörden und Industrie entwickeln Lösungsansätze

Die künftige Verfügbarkeit von Wirkstoffen zur Topfkonserverung sorgt seit langem in der Branche für Verunsicherung (siehe chemie report 6+7/2019). Der Europäische Farbenverband (CEPE) und der europäische Verband für Wasch- und Körperpflegemittel (AISE) hatten deshalb am 15. Mai 2019 einen Workshop in Brüssel veranstaltet. Dort suchten Vertreter von EU-Kommission, ECHA und von Behörden aus 17 EU-Mitgliedstaaten gemeinsam mit der Industrie nach Lösungen, wie die Verfügbar-

keit der wichtigen Wirkstoffe weiterhin gewährleistet bleiben kann.

Wichtige Schlussfolgerung aus der Veranstaltung ist, dass es keinen Automatismus für Einschränkungen auf der Basis der CLP-Einstufung gibt, der über die Ausschlusskriterien der Biozid-Produkte-Richtlinie (BPR) hinausgeht. Maßgeblich ist grundsätzlich die Risikobewertung im Biozidverfahren.

Grundlegender Konsens besteht auch bei der Notwendigkeit der Konservierung: Ein vollständiger Verzicht auf

Biozidprodukte ist hier mittelfristig weder möglich noch sinnvoll. Bestehende Alternativen können nur eine Ergänzung der Konservierung gemäß BPR darstellen.

Evelyn Roßkamp (rosskamp@vci.de)

Service:

Die Charts und Vorträge des CEPE/AISE-Workshops sind online unter:
<http://bit.ly/WS-Topfkonserverung>

Bundeswirtschaftsminister stellt Eckpunktepapier vor

Mittelstandsstrategie spricht wichtige Themen an

Bundeswirtschaftsminister Altmaier hat Ende August Eckpunkte einer neuen Mittelstandsstrategie seines Hauses vorgestellt. Damit reagiert der Minister auch auf Kritik nach Veröffentlichung seiner „Nationalen Industriestrategie 2030“. Das Konzept soll in den nächsten Wochen ausformuliert und verfeinert werden.

Die „Nationale Industriestrategie 2030“ war im Frühjahr kritisiert worden, da sie nicht ausreichend die Rolle und Anforderungen des industriellen Mittelstands berücksichtigt. Die nun vorgestellten Eckpunkte einer Mittelstandsstrategie sprechen die richtigen Themen an, die für den Chemie-Mittelstand von besonderer Bedeutung sind. Daher begrüßt der VCI das neue Papier.



Nimmt den Mittelstand stärker in den Blick: Bundeswirtschaftsminister Altmaier hat am 29. August 2019 die Grundzüge einer Mittelstandsstrategie vorgestellt.

WENIGER STEUERN UND BÜROKRATIE

Auf der Agenda von Altmaier stehen etwa die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags und eine Unternehmensteuerreform, die die Belastungen für den Mittelstand reduziert.

die Unternehmen mit bürokratischen Pflichten belasten. Auch müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren nach Ansicht des Ministers schneller werden – ein wichtiger Punkt, gerade auch aus Sicht der Chemie-Unternehmen.

künftig besser unterstützt werden, auch beispielsweise durch Erleichterungen beim Zuzug ausländischer Fachkräfte. Mit Flexibilisierungen bei Regelungen zur Beschäftigung von Arbeitnehmern sollen Unternehmen mehr Handlungsspielraum erhalten, um besser auf wechselnde Auftragslagen reagieren zu können. Verschiedene Maßnahmen sollen den Mittelstand künftig bei der Digitalisierung unterstützen.

Henrik Follmann, VCI-Präsidiumsmitglied und Vorsitzender des Ausschusses Selbständiger Unternehmer im VCI, betont: „Andere Länder sind bei den Standortfaktoren besser geworden. Die vorgestellten Eckpunkte sind ein guter Ansatz für eine zukunftsfähige Mittelstandspolitik in Deutschland, um den Rückstand aufzuholen. Mich freut, dass auch die Wertschätzung für die unternehmerische Tätigkeit zum Ausdruck kommt. Wichtig ist, dass Minister Altmaier seine Vorstellungen umsetzt, auch gegen politische Widerstände.“

Martin Stuhl (stuhl@vci.de)



„Die Eckpunkte sind ein guter Ansatz für eine zukunftsfähige Mittelstandspolitik in Deutschland.“

*Henrik Follmann,
Geschäftsführer Follmann Chemie*

In diesem Zusammenhang spricht der Minister von einem „Steuerdeckel“, der die Besteuerung von Personenunternehmen nicht über 45 Prozent ansteigen lassen soll.

Bürokratische Hemmnisse sollen abgebaut werden: Neben dem Bürokratieentlastungsgesetz III werden reduzierte Aufbewahrungspflichten für Dokumente angekündigt. Konkret werden die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und die viel kritisierte A1-Bescheinigung für Dienstreisen ins Ausland genannt,

MEHR MOBILFUNK UND UNTERSTÜTZUNG

Weitere Themen des Papiers sind unter anderem die Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur, der IT-Infrastruktur und des Mobilfunks. Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung ist Altmaier ebenfalls wichtig. Der Minister lässt keinen Zweifel daran, dass die hohen Energiepreise in Deutschland die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands beeinträchtigen.

Die Gewinnung, Ausbildung und Qualifizierung von Fachkräften soll

Service:

Das Eckpunktepapier gibt es online zum Nachlesen unter:
www.champions-von-hier.de

Artikelserie Bürokratieabbau



Das Thema Bürokratieabbau ist seit Jahren Teil der politischen Debatten. An der praktischen Umsetzung der Versprechungen hakt es allerdings. Der VCI weist mit dieser Artikelserie in gebündelter Form auf bürokratische Hemmnisse hin, denen VCI-Mitglieder ausgesetzt sind. Thema dieser Ausgabe ist Bürokratie im europäischen Tierarzneimittelrecht.

Anfang 2019 wurde eine neue EU-Verordnung über Tierarzneimittel veröffentlicht. Die Hoffnung der Branche, unnötigen Bürokratieaufwand reduzieren und Ressourcen für Innovationen frei machen zu können, wurde nur teilweise erfüllt.

Teil 6: Bürokratie im europäischen Recht

Tierarzneimittelindustrie hofft auf weniger Bürokratie

Jetzt hängt vieles von der Ausgestaltung der 25 Nachfolgerechtsakte ab.

Bürokratieabbau ist im Tierarzneimittelrecht dringend notwendig. In Europa muss ein Drittel des Budgets für Forschung und Entwicklung (FuE) investiert werden, um Produkte auf dem Markt zu halten. Mittlerweile fließen nur noch etwa acht Prozent des Umsatzes zurück in FuE. Neben stetig steigenden Anforderungen und einem unsicheren Marktumfeld trägt der steigende bürokratische Aufwand dazu bei, dass der Anteil neuer Produkte bei der Marktzulassung in den letzten 15 Jahren von über 50 auf 10 Prozent gesunken ist.

In Europa gibt es in der Tiergesundheitsindustrie aktuell 42 Zulassungsbehörden mit vier unterschiedlichen Zulassungsverfahren. 90 Prozent der Marktzulassungen sind noch national. Ziel der Industrie war, dass es nur noch ein Dossier, eine Bewertung und eine Marktzulassung für alle Mitgliedstaaten gibt. Bei Beibehaltung der drei anderen Zulassungsverfahren ist die nun erfolgte Öffnung des „zentralen Verfahrens“ über innovative Arzneimittel hinaus ein zu kleiner Schritt.

Auch andere positive Ansätze wurden im Gesetzgebungsprozess verwässert. Harmonisierte Regelungen zu Zulassungsverlängerung, Kennzeichnung von Tierarzneimitteln, Bearbeitung von Änderungsanzeigen und hinsichtlich der Abläufe bei der Überwachung von Produkten auf dem Markt (Pharmakovigilanz) sollten Bürokratie abbauen. Ob dies gelingt, werden erst die Detailregelungen und die praktische Umsetzung zeigen.

Die Pharmakovigilanz macht mittlerweile den größten Anteil der administrativen Kosten aus – mehr als das Doppelte im Vergleich zu einem Antrag auf Marktzulassung. Durch einen risikobasierten Ansatz sollen unter anderem Routineberichte, die nicht zur Arzneimittelsicherheit beitragen, ersetzt werden.

Eine nun vorgesehene verpflichtende Harmonisierung der Anwendungsbedingungen von gleichartigen Produkten könnte Produktanwendungen einschränken und zu Forderungen nach ergänzenden Unterlagen führen. Das kann Produkte unwirtschaftlich machen.

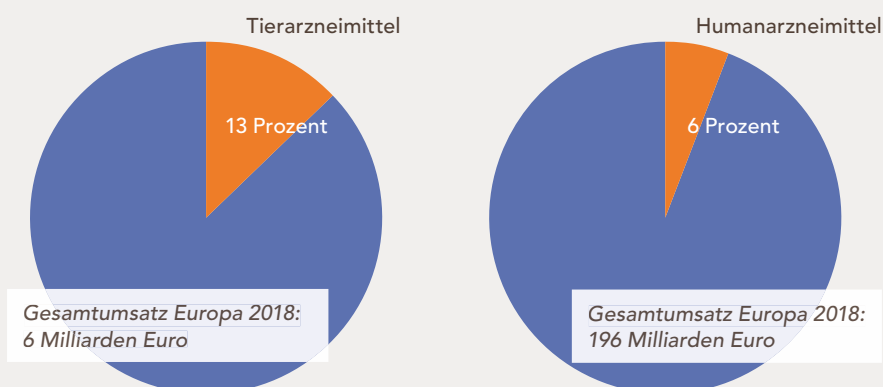
Die geplanten europaweiten Datenbanken zu den Produkten, zur Antibiotikaanwendung, zur Pharmakovigilanz und zu Herstellung/Vertrieb, verbunden mit der Integration der derzeitigen nationalen IT-Lösungen, sind eher eine große Bürde, bevor sie eventuell Teil der angestrebten vereinfachten Strukturen sein können.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu stärken, sollten bei der Umsetzung der Verordnung weitere Bürokratie abgebaut und Innovationsanreize gesetzt werden. Geplante gesetzliche Vorschriften müssen mit den notwendigen Ressourcen bei den Behörden einhergehen. **Dr. Sabine Schüller**

(s.schueller@bft-online.de); udj

HOHER BÜROKRATISCHER AUFWAND BEI TIERARZNEIMITTELN IM VERGLEICH

Anteil am Umsatz, BfT-Schätzung



Viel Bürokratie: Im Verhältnis zum Umsatz machen die administrativen Kosten bei Tierarzneimitteln bei der bisherigen Gesetzgebung etwa 13 Prozent aus. Das ist doppelt so viel wie bei Humanarzneimitteln. Die Branche hofft, dass sich das zukünftig ändert. Quellen: Bundesverband für Tiergesundheit (BfT), EFPIA; AnimalhealthEurope

KURZNACHRICHTEN

REACH-Dossiers: Neue Rubrik zu den Aktionsplänen auf VCI-Plattform

Die von Behörden geübte Kritik an der Qualität der REACH-Registrierungsdossiers hat eine politische und öffentliche Diskussion ausgelöst (siehe chemie report 6+7/2019 und 8/2019). Auf der VCI-Service-Plattform „REACH & CLP“ ist nun eine neue Übersichtsseite zu den Aktionsplänen von Cefic und EU-Kommission/ECHA zur Prüfung und Aktualisierung von Registrierungsdossiers freigeschaltet worden. Neben weiterführenden Links ist hier auch ein neues Info-Blatt zum Thema „Aktionspläne zur Prüfung und Aktualisierung von Dossiers“ zu finden.

Unterdessen hat Cefic mitgeteilt, dass bis Anfang September bereits mehr als 100 Unternehmen die „Declaration of Intent“ zur Umsetzung des Cefic-Aktionsplans zur Dossierüberprüfung unterzeichnet haben. VCI-Mitglieder, die Registrierungsdossiers bei der ECHA eingereicht haben, sind ebenfalls eingeladen, die Absichtserklärung zu zeichnen.

Service: Die neue Rubrik finden Mitglieder auf der VCI-Service-Plattform „REACH & CLP“ im Menü „Registrierung“. Kurzlink (Log-in benötigt): <http://bit.ly/VCI-Service-REACH-Aktionsplaene>

REACH-Kandidatenliste: 4 neue Stoffe

Die Europäische Chemikalienagentur ECHA hat Mitte Juli vier neue Stoffe auf die SVHC-Kandidatenliste unter REACH aufgenommen. Es handelt sich um 2-Methoxyethylacetat (CAS-Nr. 110-49-6), Tris(4-Nonylphenyl, verzweigt und linear) phosphit (TNPP) mit $\geq 0,1\%$ Gew./Gew. 4-Nonylphenol, verzweigt und linear (4-NP), 2,3,3,3-Tetrafluor-2-(heptafluorpropoxy)propionsäure, ihre Salze und ihre Acylhalide (die eines ihrer einzelnen Isomere und Kombinationen davon abdecken) und 4-tert-Butylphenol (CAS-Nr. 98-54-4). Die Kandidatenliste enthält nun 201 Stoffe. Durch die Aufnahme eines Stoffes in die Liste bestehen Informations- und Meldepflichten.

Service: Mehr Details zum Thema und weiterführende Links gibt es auf der VCI-Service-Plattform „REACH & CLP“. Direktlink (Log-in benötigt): <http://bit.ly/4StoffeKandidatenliste>

Compliance im Mittelstand

Wie weit reicht die Auskunftspflicht nach der DSGVO?

Artikelserie Teil 37**Umfassende Informationen**

Betroffene haben nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ein Recht auf Auskunft zu ihren gespeicherten, personenbezogenen Daten. Sofern daher Kunden, Lieferanten oder Mitarbeiter mit einem Auskunftersuchen an Unternehmen herantreten, stellt sich die Frage, über welche konkreten Daten Auskunft zu erteilen ist.

Mittlerweile gibt es erste obergerichtliche Urteile zu dieser Frage. Jüngst hat das Oberlandesgericht (OLG) Köln (Az.: 20 U 75/18) über die Reichweite des Auskunftsanspruchs entschieden. Nach Auffassung des OLG fallen unter personenbezogene Daten persönliche Informationen wie Identifikationsmerkmale (etwa Name, Anschrift und Geburtsdatum), äußere Merkmale (wie Geschlecht, Augenfarbe, Größe und Gewicht) oder innere Zustände (etwa Meinungen, Motive, Wünsche, Überzeugungen und Werturteile), außerdem auch sachliche Informationen wie etwa Vermögens- und Eigentumsverhältnisse, Kommunikations- und Vertragsbeziehungen und alle sonstigen Beziehungen der betroffenen Person zu Dritten und ihrer Umwelt. Auch Aussagen, die eine Einschätzung zu einer Person liefern, weisen danach Personenbezug auf.

In dem der Entscheidung zugrunde liegenden Fall durfte sich das Unternehmen daher nicht darauf beschränken, im Rahmen eines Auskunftersuchens lediglich die sogenannten Stammdaten des Betroffenen zu übermitteln. Vielmehr umfasste der Auskunftsanspruch des Betroffenen auch Gesprächsvermerke oder Telefonnotizen, soweit dort Aussagen des Betroffenen oder Aussagen über ihn festgehalten waren. Auf den Schutz von Geschäftsgeheimnissen konnte sich das Unternehmen nicht berufen, da der Betroffene die Angaben selbst gegenüber dem Unternehmen gemacht hat und diese damit gegenüber dem Betroffenen keine Geschäftsgeheimnisse darstellten. Die Berufung auf wirtschaftliche Unmöglichkeit ließ das OLG Köln ebenfalls nicht gelten: Es sei Sache des Unternehmens, eine elektronische Datenverarbeitung zu organisieren, die dem Datenschutz Rechnung trägt.

In einem anderen Verfahren hat das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg (Az.: 17 Sa 11/18) im Rahmen eines Kündigungsschutzverfahrens entschieden, dass dem betroffenen Mitarbeiter ein Anspruch auf Herausgabe der internen Untersuchungsunterlagen der Compliance/Revisions-Abteilung nach der DSGVO zustünde. Beide Urteile offenbaren ein weites Verständnis vom Begriff der personenbezogenen Daten. Auskunftspflichtige Unternehmen müssen also bis auf Weiteres innerhalb der einmonatigen Auskunftspflicht umfassende Informationen bereitstellen können und sich entsprechend darauf vorbereiten.

Marcel Kouskoutis (kouskoutis@vci.de), cla

Informationen anfordern

Weitere Informationen zu den Berichten in diesem „chemie report“ und eigene Broschüren zu wichtigen Themen der Branche stellt der VCI seinen Lesern kostenlos zur Verfügung. Folgen Sie dazu bitte den Internet-Links unter den Artikeln.

VCI-Dokumente können Sie bei Bedarf auch bei uns anfordern: Verband der Chemischen Industrie e. V., Leserservice chemie report 09/2019, E-Mail: chemiereport@vci.de, oder Telefax: +49 69 2556-1613.

Bericht zur VCI-Arbeit 2018 liegt vor

Anfang August ist der Bericht über die Schwerpunkte der VCI-Arbeit im vergangenen Jahr erschienen. Damit gibt der Verband seinen Mitgliedern einen Überblick über seine Aktivitäten und Projekte. Im Fokus stehen die sechs Top-Themen 2018: Energiewende, Industriepolitik, steuerliche Forschungsförderung, Innovation, EU-Handelspolitik und moderne Landwirtschaft. Aber auch das Thema REACH wird beleuchtet, das wieder zunehmend in den Mittelpunkt der Debatten gerückt ist. Der Download von der VCI-Website ist nach dem Login-in möglich: <http://bit.ly/VCI-Arbeit-2018>

Schwerpunkte der VCI-Arbeit
Bericht 2018



TERMINE DES VCI

DATUM	EREIGNIS	ORT
26.09.2019	VCI-Mitgliederversammlung	Berlin
16.10.2019	Workshop „Steuerliche Forschungsförderung in der Praxis“	Frankfurt am Main
30.10.2019	„Energiewende, ja – aber wie?“ – Symposium von GDCh, DECHEMA und VCI	Frankfurt am Main
07.11.2019	Infoveranstaltung „Neue Gefahrgutvorschriften 2020“	Frankfurt am Main
15.11.2019	Mitgliederversammlung der VCI-Fachvereinigung Chemieparcs	Frankfurt am Main
21.11.2019	Mittelstandstag	Frankfurt am Main
28.11.2019	Große Informationsveranstaltung zu REACH und CLP	Frankfurt am Main

Impressum chemie report Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e. V., Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt am Main, Telefon: 069 2556-0, Telefax: 069 2556-1471, E-Mail: dialog@vci.de, Internet: www.vci.de, ISSN: 1436-1736 **Redaktionsschluss** 13.09.2019 **Auflage** 6.500 Exemplare **Verantwortlich** Manfred Ritz (mr) **Redaktion** Oliver Claas (cla, Leitung), Jürgen Udvari (udj), Monika von Zedlitz (mvz) **Layout** Susanna Koch **Leserservice** E-Mail: chemiereport@vci.de, Telefon: 069 2556-1496, Telefax: 069 2556-1613 **Klimaneutraler Druck** auf Papier aus nachhaltiger Waldwirtschaft, druckpartner, Essen **Fotos** picture alliance/dpa (1), picture alliance/dpa (2), Henkel (3), VCI/Daniel (3 unten), lightpoet/stock.adobe.com (4), natali_mis Fotolia.com (5 oben links), Sanofi-Aventis Deutschland (5 oben rechts), DIB (5 Mitte rechts), PantherMedia/pressmaster (6), VCI/Fuest (7), metamorworks/stock.adobe.com (8), Kalyakan/stock.adobe.com (10), BMAS (12), VCI/Daniel (13), VCI/Theihs (14), Björn Wylezich/stock.adobe.com (15 oben), VCI/Theihs (15 Mitte und unten), Messe Frankfurt GmbH/Jacquemin (16), dpa (17 oben), Follmann Chemie (17 Mitte), Eisenhans/Fotolia.com (18), fotogestoeber/stock.adobe.com (19), **Grafiken** Christian Bünger (9), Christiane Kellermann (10, 11), Susanna Koch (2, 7, 13, 18)

Politische Top-Themen im VCI*

- Klimaschutzgesetzgebung
- Innovationsanreize für Chemie und Pharma
- Industriepolitik
- EU-Handelspolitik
- Agrar und Biodiversität
- Reform der Unternehmensteuern

* Die Liste enthält die Themen, die das Präsidium des VCI aus den von den Ausschüssen priorisierten Themen als Top-Themen identifiziert hat. Sie stehen 2019 im Vordergrund der politischen und kommunikativen Arbeit des Verbandes der Chemischen Industrie. Die Dokumente zu diesen und weiteren Branchenthemen finden Sie auf der VCI-Website unter diesem Link: <https://www.vci.de/top-themen>